MASSNAHMEN GEGEN STEUERVERMEIDUNG ODER WARUM DIE POLITIK HINTERHERHINKT

„Nur ein Teil der Wahrheit“

Die OECD hat berechnet, dass Konzerne jährlich 200 Milliarden Euro an Steuern vermeiden. Alleine US-Konzern Google sagt ganz offen, dass er vor zwei Jahren mehr als 11 Milliarden Euro über Gesetzeslücken aus Europa rausgeholt hat. Laut EU zahlen KMUs 30% mehr Abgaben als große Konzerne. Kann man die Multis dafür an den Pranger stellen oder ist alles legitim, was legal ist? Was sagt das internationale Steuersystem und was macht eigentlich die EU? Steuervermeidung und Steuergerechtigkeit werden hitzig debattiert zur Zeit. So auch Ende April im Handelsverband, wo hochkarätige Experten zum Thema „Maßnahmen gegen die Steuerflucht – faire Chancen für den heimischen Handel“ diskutierten. E&W war vor Ort.

TEXT: Stefanie Bruckbauer | **FOTO:** Helga Maria Auer | **INFO:** www.elektro.at

Die Diskussion um internationale Steuervermeidung ist (u.a. ausgelöst durch die aktuelle „Panama Papers“-Debatte) hitzig und emotional wie nie zuvor. Vor allem großen Konzernen wie Amazon, Google oder Zalando werden Steuervermeidung und -flucht vorgeworfen. Die Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit bzw. nach einem Handeln auf EU-Ebene wird lauter. So wurde diese z.B. auch im Jänner vom Handelsverband bei Finanzminister Schelling eingebracht. Wie Handelsverband-GF Rainer Will erläuterte, wurde dabei konkret auf den Kaufkraftabfluss hingewiesen, der in manchen Segmenten (wie z.B. im PC-, Hardware-, Software-Bereich) bis zu 70% ausmacht. „Den Staatshaushalten fehlen zunehmend die Einnahmen. Ein ganzes Bündel an Faktoren ist dafür verantwortlich. Einen Grund stellen große (Online-) Anbieter dar, die massiv mit dem heimischen stationären Handel konkurrieren.“

Auf Grund einer Reihe von gesetzlichen Abwehrmaßnahmen ist Österreich kein Paradies für Steuervermeidungs-Geschichten.

Claus Staringer

BEPS

2015 hat die OECD auf Grund diverser Steuerskandale Empfehlungen vorgelegt, um gegen legale Steuervermeidung in multinationalen Unternehmen vorzugehen. Das Ziel lautet, „Maßnahmen gegen die Gewinnverlagerung“ zu erarbeiten - auch „Base Erosion and Profit Shifting“ oder kurz „BEPS“ genannt. Die EU ist auf diesen Zug aufgesprungen und hat aus einigen dieser OECD-Empfehlungen einen Richtlinienvorschlag gemacht, der Ende Jänner 2016 präsentierte wurde. Michael Kuttin vom Bundesministerium für Finanzen erklärt: „BEPS ist absolut nichts Neues. Seit es Konzerne gibt, gibt es BEPS. Ganz klar: Konzerne, die international agieren, haben es leichter, Gewinne zu verlagern, als nationale Unternehmen. Die Methoden haben sich im Laufe der Zeit leicht verändert. Im Prinzip funktioniert das aber über Finanzierungsgesellschaften in Steueroasen.“ Laut Kuttin sollte man kein Konzern-Bashing betreiben, denn aus Sicht der Unternehmen sei dieses Vorgehen völlig legitim. „Die Länder sind nicht unschuldig. Viele Staaten haben gar kein Interesse daran, ihre Steuergesetze zu ändern und den Status als Steueroase aufzugeben.“ Die Empfehlungen der OECD bzw. den EU-Richtlinienvorschlag kommentiert Kuttin wie folgt: „Einige darin enthaltene Punkte sind in unserem Interesse, andere absolut nicht.“ Kuttin sagt ganz offen: „Es geht nicht nur darum, dass Konzerne ihre Gewinne dort zahlen, wo die Wertschöpfung passiert. Es geht auch darum, dass ein Steuerrecht halbwegs einfach formuliert wird. Und würden einige Punkte aus der EU-Richtlinie wirklich zum Gesetz, würde das zu einer Verkomplizierung führen, die nicht zu rechtfertigen ist.“

Im Zuge der [handels]zone diskutierten Experten über Maßnahmen gegen die Steuervermeidungsstrategien großer Konzerne.

STEUEROASEN

Seit Jahren wird versucht, diesen Themen Steuervermeidung und -verschiebung eine Zahl zuzuordnen. Claus Staringer von der WU Wien erläutert: „Die OECD hat erhoben, dass 4% bis 14% des Körperschaftssteueraufkommens verschoben werden. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den Ländern. Auf Grund von laxem Steuervollzug oder freundlicher Gesetzgebung gibt es wahre Steueroasen.“ Österreich zähle allerdings nicht dazu: „Auf Grund einer Reihe von gesetzlichen Abwehrmaßnahmen ist Österreich kein Paradies für Steuervermeidungsgeschichten!“ Untermauert wird dies übrigens durch den OECD-„BEPS-Report“. Dort rangiert Österreich bei den Berührungspunkten mit Steueroasenländern an letzter Stelle. Staringer warnt: „Man muss sehr vorsichtig damit sein, Themen zu generalisieren, die irgendwo auf der Welt präsent sind. Diese müssen nämlich noch lange keine Bedeutung bei uns haben.“ Laut Staringer wird das Thema gehypt und maßlos überschätzt. Gewinnverlagerungen in internationalen Unternehmen seien heute eine Selbstverständlichkeit und im Rahmen der Gesetze. „Dabei gibt es Gewinner und Verlierer. Verlierer-Staaten sollten diesen Effekt aber nicht den Unternehmen in die Schuhe schieben, sondern sich nach den Gründen fragen, warum bei ihnen weniger Wertschöpfung stattfindet. Diese Gründe gehen weit über die Steuer hinaus. Es ist ein schwerer politischer Fehler, Strukturschwächen einer Volkswirtschaft zu ignorieren und stattdessen Unternehmen Steuerflucht vorzuwerfen.“

AUS SICHT DES HANDELS

Klaus Magele, GF vom Schuhhändler Salamander, brachte die Sicht des Handels in die Diskussion mit ein: „Der heimische stationäre Handel konkurriert immer mehr mit ausländischen Versandhändlern. Und auch die österreichischen

Onlinehändler kommen nicht vom Fleck, die wenigsten verdienen wirklich etwas mit ihren Webshops.“ Laut Magele sind Schuh- und Elektrohandel am stärksten von der Onlinekonkurrenz aus dem Ausland betroffen. In diesem Zusammenhang kam die Frage auf, wie es sein kann, dass ausländische Unternehmen, die in Österreich ein Lager betreiben, keine Steuern zahlen müssen. Peter Bartos, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, erklärt: „Wenn ein Onlinehändler in Österreich ein Lager mietet und von dort ausliefert, gilt das - gemäß einer Ausnahmebestimmung in einem OECD-Musterabkommen - als Hilfskonstrukt und nicht als Betriebsstätte. Daher kommt Österreich auch kein Recht auf Besteuerung der damit verbundenen Erträge zu. Auf Grund dessen können die Onlinehändler ihre Produkte auch zu günstigeren Preisen am inländischen Markt verkaufen. Das ist alles legal. So sind halt die Regeln.“

ZU HOHE ERWARTUNGEN?

Auf die Frage, ob sich Unternehmen zu viel von der EU bzw. von BEPS erwarten, meint Kuttin: „Von BEPS kann man sich wenig Hilfe erwarten. Es gibt diesen Strukturwandel bzw. die Verlagerung hin zu online und damit zusammenhängende Probleme werden mit einkommenssteuerrechtlichen Regelungen nicht in den Griff zu bekommen sein.“ Mittel- bis langfristig bedürfe es deshalb revolutionärer Ideen. „Soweit sind wir aber noch nicht, und das ist auch nichts, was die EU alleine machen kann. Es müsste weltweit etwas geschehen, z.B. eine eigene Steuer für den Onlinehandel.“

FAZIT

Die Diskutanten waren sich alle einig: Dieses umfangreiche Steuerthema ist nur eines von vielen Problemen, mit denen sich die österreichischen Händler konfrontiert sehen: „Über die Steuer hinaus gibt es noch so viele Themen, wenn man von fairen Chancen für den Handel redet. Es braucht eine generelle Entbürokratisierung. Wir müssen alles neu denken, denn es wird zukünftig kein Stein auf dem anderen bleiben“, sagt Bartos. Magele ergänzt: „Man sollte nicht überlegen, wie man Unternehmen im Internet mehr besteuert, sondern wie man die anderen entlastet. Im stationären Handel wird man durch überbordende Bürokratie, starre Regeln, Gesetze und Vorschriften erschlagen, während sich das Internet ungebremst entwickeln kann und mit der Logistik in die Länder ausweicht, wo es keine oder nur wenige Bestimmungen gibt. Und die Politik hinkt ganz weit hinter diesen Entwicklungen nach. Eine Entschärfung der Bürokratie würde die Konkurrenzfähigkeit des stationären Handels wieder stärken.“ Staringer sagt dazu: „Ich bin skeptisch, ob sich eine um ihre Existenz kämpfende EU wirklich mit der Harmonisierung von Unternehmensbesteuerung befassen sollte. Europa hat kein Steuerproblem. In Wahrheit will die Kommission nur auf das Modethema Steuerflucht aufspringen. Gerade in Europa wären Steuerverschärfungen aber äußerst kurzsichtig: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit würde dadurch nämlich erst recht geschwächt werden.“ Und Staringer weiter: „Man kann doch nicht ernsthaft glauben, dass alle Probleme gelöst sind, wenn man Amazon jetzt eine Steuer aufs Warenlager auferlegt? Das kann im besten Fall ein Teil des Ganzen sein und unser Verlangen nach Fairness und Gerechtigkeit befriedigen. Zu glauben, die Welt wäre dann in Ordnung, ist eine reine Illusion!“

WERTSCHÖPFUNG

Staringer stellt fest: „Das Thema Steuermaßnahmen und Steuerflucht ist nur ein Teil der Wahrheit. Viel wichtiger wäre, sich über die Wertschöpfung Gedanken zu machen. Interessanterweise beklagen sich schlussendlich nämlich immer genau jene Länder über all die Maßnahmen, die ein Wertschöpfungsproblem haben. Wir befinden uns in vielen Sektoren in einer Zeit der sich sehr stark verändernden Wertschöpfung. Der Onlinehandel ist ein Beispiel dafür. Die entscheidende Frage wird in Zukunft sein: Wo wird welche Wertschöpfung wem zugewiesen? Wir dürfen uns den Blick nicht verstellen, indem wir nur über diese kleinen Steuerthemen diskutieren. Diese sind nämlich nur die Folgen, aber nicht die Ursache des Problems. Wir sprechen hier nur über Symptome, aber nicht über Sachverhalte.“

Eine Stimme aus dem Publikum meinte abschließend: „Das Thema Steuerflucht ist medial ein Riesenthema, aber fiskal ist da nichts zu holen. Es ist auch kein fiskalisches Problem, sondern ein psychologisches. Kleine Betriebe kämpfen täglich ums Überleben und lesen dann in der Zeitung, dass die großen Konzerne steuerfrei arbeiten. Dazu kommt dieser enorme Bürokratiedruck, das ganze Arbeitszeiten- und –ruhegesetzthema, das neue Gesetz zum Lohndumping, die Registrierkassensache, die ganze Steuerreformgeschichte etc. Das wirkt sich natürlich auf die Stimmung aus, das zermürbt. Das eigentliche Problem an dem ganzen Steuerthema, das diskutiert wird, liegt an der dramatischen Überregulierung der Wirtschaft.“

PHOTOVOLTAIK SYSTEMHAUS PARTNER

Punkten Sie mit dem Partner-Programm von Clean Capital Photovoltaik

PHOTOVOLTAIK cleancapital

Kontaktieren Sie uns gleich:
Clean Capital erneuerbare Energien GmbH
Ihr Photovoltaik-Kompetenzzentrum
Telefon +43 (0) 50 264-0
office@cleancapital.at